



Newsletter der Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel! Nr. 26 vom 15.11.2013

Liebe Abonentinnen und Abonenten,

seit dem letzten Newsletter war vor allem der Umgang der künftigen Koalitionspartner mit Rüstungsexporten ein großes Thema. Auch Aktion Aufschrei hat mit einer Erklärung deutlich gemacht, dass eine Einigung zwischen CDU und SPD zu Rüstungsexporten, wie sie derzeit angedacht ist, völlig unakzeptabel ist. In den letzten Tagen wurden zudem weitere Waffengeschäfte bekannt, wobei erneut deutlich wurde, dass dabei Korruption oft eine große Rolle spielt, wie etwa beim U-Boot-Geschäft von Ferrostaal mit Griechenland.

Nach einer (kurzen) Verschnaufpause geht bei vielen das Engagement gegen Rüstungsexporte jetzt weiter. Es ist besonders erfreulich und motivierend, wenn bekannt wird, dass auch in anderen Ländern Menschen für ein Verbot des Waffenhandels eintreten. Ein Beispiel ist der Aktionstag "EU, Business as usual" der belgischen Friedensorganisation "Vredesactie" im Brüsseler Europaviertel am 19. Dezember 2013. Dieser richtet sich gegen den Einfluss der Rüstungslobby auf den Waffenhandel. Im Hinblick auf die im Mai 2014 anstehende Europawahl hat "Vredesactie" zudem weitere Aktionen geplant.

Die im Folgenden angerissenen Themen sind nur eine kleine Auswahl der zahlreichen aktuellen Meldungen zum Thema Rüstungsexporte. Noch mehr davon gibt es auf unserer Webseite in der Rubrik "[Neues](#)".

Mit herzlichen Grüßen

Anke Wollny und Otto Reger

Online-Redakteurin und Online-Redakteur der Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel!

1

[Antrag auf SPD-Parteitag: „Verbot des Rüstungsexports durch Änderung des Art. 26.2 GG“](#)

In einem Antrag für den SPD-Bundesparteitag 2013 in Leipzig wird ein "Verbot des Rüstungsexports durch Änderung des Art. 26.2 GG" gefordert – wenn auch mit der Einschränkung auf Nicht-NATO-Länder. Was auch immer damit auf dem Parteitag geschieht – der Antrag kann zumindest ein Anknüpfungspunkt sein, um SPD-Mitglieder und -MdB auf Rüstungsexporte anzusprechen.

[Rheinmetall: Großauftrag aus Indonesien für Panzerlieferung bestätigt](#)

Es ist zwar schon lange bekannt, doch nun hat Rheinmetall es selbst bestätigt: Das Unternehmen hat mit Indonesien einen Vertrag über die Lieferung zahlreicher Leopard-2-Kampfpanzer und Schützenpanzer Marder geschlossen – schon im Dezember 2012.

[Ferrostaal: Hintergründe zum Schmiergeldgeschäft mit Griechenland](#)

Im Jahr 2010 war bekannt geworden, dass das deutsche Unternehmen Ferrostaal Schmiergelder in Millionenhöhe für einen griechischen U-Boot-Deal gezahlt hatte. Wie das Bestechungsgeld nach Griechenland gelangte, schildert ein Zeuge im ZDF-Magazin Frontal21.

[Terre des Hommes befragt Parteien nach ihrer Haltung zu Rüstungsexporten](#)

Die Hilfsorganisation Terre des Hommes, Mitglied im Trägerkreis der Aktion Aufschrei, hat sechs politischen Parteien verschiedene Fragen gestellt - unter anderem nach ihrer Haltung zu Rüstungsexporten und Kleinwaffen – und ausführliche Antworten erhalten.

Den Opfern Stimme – den Tätern Name und Gesicht

www.aufschrei-waffenhandel.de

Angélique Kidjo: Waffenlieferungen gefährden Stabilität in ganz Westafrika

Die Sängerin und UNICEF-Botschafterin Angélique Kidjo forderte laut einem Bericht in der Aargauer Zeitung, den Waffenhandel nach Afrika zu unterbinden. Die prekäre Sicherheitslage sei eines der drängendsten Probleme ihrer Heimat.

Rüstungsexporte: "Mehr Transparenz" - aber nicht weniger Waffen, Koalition macht weiter wie bisher

Auch der Bundesausschuss Friedensratschlag hat mit einer Pressemitteilung kritisch auf die Koalitionsvereinbarung zum Rüstungsexport reagiert. Er bezeichnet sie als eine Fortsetzung des aggressiven Waffenhandels der bisherigen Bundesregierung.

Aktionstag gegen die Rüstungslobby und EU-Militarisierung

Die belgische Friedensorganisation "Vredesactie" ruft für den 19. Dezember 2013 zu einer Aktion im Europaviertel in Brüssel auf, bei der der Einfluss der Rüstungslobby auf die EU-Institutionen und auf Rüstungsexporte kritisiert wird.

Aktion Aufschrei kritisiert unzureichende Koalitionsvereinbarung

"Künftige Koalitionäre finden Rüstungsexporte prima. Mehr Transparenz aber nicht weniger Exporte geplant". So beginnt die Erklärung der Kampagnensprecher, in der sie die Einigung zwischen CDU und SPD zu Rüstungsexporten kritisieren.

Konfliktstoff für Koalitionsverhandlungen: Saudi-Arabien will deutsche U-Boote

Laut „Bild am Sonntag“ möchte Saudi-Arabien bis zu 25 deutsche U-Boote kaufen. Das Kanzleramt soll im Sommer eine wohlwollende Prüfung dieser Wünsche versprochen haben. Die SPD hingegen warnt vor dem U-Boot-Deal, wie die Süddeutsche Zeitung berichtet.

Aktion Aufschrei können Sie auch so unterstützen:

- Facebook-Präsenz besuchen und „teilen“ oder „mögen“

<https://www.facebook.com/Stopptdenwaffenhandel>

- Folgen Sie uns auf Twitter“

<https://twitter.com/AktionAufschrei>

- Petition unterzeichnen

<http://www.aufschrei-waffenhandel.de/Unterschreiben-Sie-jetzt.76.0.html>

- Mitgliedschaft im Aktionsbündnis

<http://www.aufschrei-waffenhandel.de/Mitgliedschaft-im-Aktionsbuend.174.0.html>

- Eigene Veranstaltung planen

<http://www.aufschrei-waffenhandel.de/Veranstaltung-planen.71.0.html>

- Spenden

<http://www.aufschrei-waffenhandel.de/Spenden.75.0.html>

- Newsletter direkt abonnieren:

<https://info.dfg-vk.de/listinfo/aufschrei-waffenhandel-info>

- Newsletter per E-Mail abonnieren

newsletter-bestellen@stoppt-den-waffenhandel.de

Rückmeldung: Lob, Kritik, Anregungen bitte E-Mail an:

info@aufschrei-waffenhandel.de